

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN  
JÜRGEN ROSENOW  
HAFERKAMP 8  
32791 Lage

SPD-FRAKTION  
HANS HOFSTE  
AM KURPARK 7  
32791 Lage

BBL-FRAKTION  
HEINZ WALTER  
QUELLENSTR.10  
32791 Lage

FWG-FRAKTION  
ANGELIKA RICHTER  
OTTENHAUSERSTR15  
32791 Lage

An den Bürgermeister der Stadt Lage  
Herrn C. Liebrecht  
Rathaus Lange Str. 72  
**32791 Lage**

Lage, den 18.03.2013

gemeinschaftlicher Fraktionsantrag: Wasser soll ein öffentliches Gut bleiben –  
Ablehnung der EU-Richtlinie zu den Vergaberichtlinien vom 24.01.2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

am 22.03.2013 findet der diesjährige Weltwassertag statt, der 1992 auf der Weltkonferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro beschlossen wurde. Das Motto des diesjährigen Weltwassertages „Wasser und Zusammenarbeit“ und die derzeitige Diskussion über die neue EU-Richtlinie in Brüssel, wonach die Städte und Kommunen unter bestimmten Bedingungen dazu gezwungen werden, künftig ihre Wasserversorgung europaweit auszuschreiben, widerspricht dem Motto Wasser und Zusammenarbeit.

Hier soll eine einseitige Richtlinie erlassen werden, die internationalen Wasserkonzernen zuspielt, die fatalen Folgen für die Bürger zeigen die Beispiele in den Metropolen Berlin und Paris, der Wasserpreis steigt, die Wasserqualität sinkt. Trinkwasser soll weiterhin ein öffentliches Gut bleiben.

**Der Rat der Stadt Lage soll in seiner nächsten Ratssitzung den folgenden Antrag auf die Tagesordnung nehmen und zur Abstimmung bringen:**

**Der Rat der Stadt Lage fordert das EU-Parlament auf, die EU-Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen abzulehnen oder zumindest nicht auf die kommunale Wasserversorgung anzuwenden. Die Wasserversorgung ist ein Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge und soll nicht den europäischen Wettbewerbsregel unterworfen werden. Der Rat bittet die Deutschen Mitglieder im Europäischen Parlament, sich entsprechend einzusetzen. Ebenfalls wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine Herausnahme der kommunalen Wasserwirtschaft aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie einzusetzen.**

**Sachdarstellung:**

Der EU-Binnenmarktausschuss hat am 24. Januar 2013 für eine Neuregelung der Vergaberichtlinien gestimmt, die nun auch den Dienstleistungsbereich betreffen

(z. B. Wasserversorgung und soziale Dienstleistungen). Diese Richtlinie sieht derzeit vor, dass Kommunen ihre Wasserversorgung europaweit ausschreiben müssen, wenn sie nicht zu 100 Prozent öffentlich-rechtlich organisiert ist.

Dies wiederum führt zu einem enormen Wettbewerbsdruck, oftmals verbunden mit steigenden Kosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher und einer Verschlechterung der Qualität.

Verschiedenste Organisationen protestieren bereits gegen die geplante Neuregelung: sowohl der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, als auch der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Peter Keitel, haben in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihre ablehnende Haltung dargestellt.

Vor allem auf kommunaler Ebene gibt es vielfachen Protest, so haben sich die Bürgermeisterinnen von Amsterdam, Brüssel, Kopenhagen, Genua, Gent, Leicester, Moita, Nantes, Neapel, Paris und Wien der „Europäischen Bürgerinitiative Menschenrecht auf Wasser“ (<http://www.right2water.eu/de>) angeschlossen.

Der Deutsche Städtetag hat sich ebenfalls eindeutig gegen die Richtlinie positioniert: <http://www.staedtetag.de/presse/mitteilungen/064444/index.html>

Mit freundlichen Grüßen

Bündnis 90/Die Grünen    SPD-Fraktion    BBL-Fraktion    FWG-Fraktion

Jürgen Rosenow                      Hans Hofste                      Heinz Walter                      Angelika Richter